



Gabriele Schmidt
Mitglied des Bundestages

I. Arbeitsgruppe für Arbeit und Soziales

Meine Berichterstattungen in der Arbeitsgruppe für Arbeit und Soziales der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag, 18. Wahlperiode

Am Dienstag fand die reguläre Sitzung der Arbeitsgruppe für Arbeit und Soziales unserer Fraktion statt. Auf der Tagesordnung stand unter anderem die Festlegung von sogenannten Berichterstattungen, die für jeden Beratungsgegenstand von den Fraktionen benannt werden. Die Ausschussarbeit erfolgt arbeitsteilig. Die Mitglieder der Arbeitsgruppen spezialisieren sich in der Regel auf bestimmte Arbeitsfelder im breiten Themenspektrum des Ausschusses und vertreten die Auffassungen der Fraktionen in diesem. Es gibt insgesamt elf Sachbereiche, darunter z.B. Arbeitsrecht und Europäische und Internationale Beschäftigungs- und Sozialpolitik. Die einzelnen Themenfelder umfassen wiederum viele Einzelfragen und Schwerpunkte. Ich bin unter anderem für folgende zwei Themenbereiche zuständig:

1. Frauen: Ein wichtiges Thema, bei dem es um Entgeltgleichheit, Arbeitszeit etc. geht. Die bestehende Lohndifferenz zwischen Frauen und Männern muss beseitigt werden. Um das Prinzip „Gleicher Lohn für gleiche oder gleichwertige Arbeit“ besser zur Geltung zu bringen, wollen wir unter anderem mehr Transparenz herstellen, unter anderem durch eine Verpflichtung für Unternehmen ab 500 Beschäftigte, im Lagebericht nach dem Handelsgesetzbuch (HGB) auch zur Frauenförderung und Entgeltgleichheit nach Maßgabe gesetzlicher Kriterien Stellung zu nehmen. Darauf aufbauend wird für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ein individueller Auskunftsanspruch festgelegt.

2. Rehabilitation (SGB IX): Das Neunte Sozialgesetzbuch regelt die Rehabilitation und Teilhabe behinderter Menschen. Ziel der Sozialleistungen ist die Förderung

„Schmidts Berliner Brief“ 2/14

Liebe Leserinnen und Leser,

herzlich willkommen zur aktuellen Ausgabe von „Schmidts Berliner Brief“!

Heute informiere ich Sie über mir zugewiesenen Themen im Ausschuss für Arbeit und Soziales. Im Zentrum der Plenarsitzungen in dieser Woche stand die Aussprache über die Regierungserklärung der Bundeskanzlerin. Der Bundestag entschied am Mittwoch über zwei Auslandseinsätze der Bundeswehr. Außerdem stelle ich Ihnen in der heutigen Ausgabe meine neue Webseite

www.gabriele-schmidt.eu vor.

Die Zahl der Leserinnen und Leser meines Berliner Briefes nimmt zu, worüber ich mich ganz besonders freue. Ab heute können Sie den „Schmidts Berliner Brief“ ganz bequem auf meiner neuen Webseite abonnieren. Die Eingabemaske finden Sie gleich auf der ersten Seite. Ich freue mich darauf, mit Ihnen in Kontakt zu treten und bitte Sie herzlich, mir Ihre Anliegen, Bedürfnisse und konstruktive Kritik mitzuteilen.

Herzliche Grüße

Gabriele Schmidt, MdB

der Teilhabe der behinderten oder von Behinderung bedrohten Menschen an der Gesellschaft, insbesondere im Arbeitsleben. Dieses Ziel soll mit Leistungen zur medizinischen, beruflichen und sozialen Rehabilitation schnell, wirkungsvoll, wirtschaftlich und auf Dauer erreicht werden. Wir haben vor, die Eingliederungshilfe als Leistung der Sozialhilfe für behinderte Menschen zu reformieren. Menschen, die aufgrund einer wesentlichen Behinderung nur eingeschränkte Möglichkeiten der Teilhabe am Leben in der Gemeinschaft haben, sollen aus dem bisherigen „Fürsorgesystem“ herausgeführt werden. Die gemeinsamen Anstrengungen von Bund, Ländern und Kommunen für mehr Inklusion brauchen einen sicheren gesetzlichen Rahmen. Im Koalitionsvertrag haben wir daher vereinbart, unter Einbeziehung der Bund-Länder-Finanzbeziehungen ein Bundesleistungsgesetz für Menschen mit Behinderung zu erarbeiten. Dabei werden wir die Einführung eines Bundesteilhabegeldes prüfen.

Das Rentenpaket

Abschlagsfreie Rente nach 45 Beitragsjahren, Ausgeweitete Anerkennung von Kindererziehungszeiten, Verbesserungen bei der Erwerbsminderungsrente, die Erhöhung des Reha-Budget und nicht zuletzt die Frage der Finanzierung sind Punkte innerhalb des Rentenpakets, welches das erste große Gesetzesvorhaben der Großen Koalition bildet. Der Gesetzentwurf ist am Mittwoch vom Kabinett verabschiedet worden. Das ordentliche parlamentarische Verfahren kann starten, damit das vereinbarte Inkrafttreten am 1. Juli 2014 erreicht werden kann. Unter: www.rentenpaket.de finden Sie alle aktuellen Informationen und übersichtliche Grafiken zum Rentenpaket. Das Thema wird uns und insbesondere die Arbeitsgruppe für Arbeit und Soziales in den nächsten Wochen und Monaten beschäftigen. **Ich werde Sie über den weiteren Verlauf und alle wichtigen Entscheidungen sowie das abschließende Ergebnis ausführlich informieren.**

Darüber hinaus möchte ich Sie gemeinsam mit **Thomas Dörflinger MdB** und **Peter Weiß MdB**, dem Vorsitzenden der Arbeitnehmergruppe und rentenpolitischem Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, im Rahmen einer Veranstaltung, zu der Sie herzlich willkommen sind, über das Rentenpaket der Großen Koalition informieren:

Vorab informiert: **Rentenpaket der Großen Koalition**
am Dienstag, dem 25. März 2014, 19.00 Uhr
Kurhaus Schluchsee

II. Die Woche im Parlament

Geschichte mahnt

Die Woche begann am Montag mit einer Gedenkstunde für die Opfer des Nationalsozialismus. 70 Jahre ist es her, dass die Blockade Leningrads endete. Der 95jährige russische Schriftsteller Daniil Granin schilderte die Leiden der Bevölkerung Leningrads während der zweieinhalbjährigen Belagerung der Stadt durch die deutsche Wehrmacht. Ich war wie alle Zuhörer zu Tränen ergriffen, mehr als ich es je durch Lesen von Biografien oder Berichten hätte sein können. Fast 900 Tage Angst, Schrecken, Hunger, Kälte, Verzweiflung und Tod. Man kann sich das unmenschliche Leiden heute nicht mehr vorstellen – und doch ist es geschehen. Vergessen wir es nie.

Regierungserklärung durch die Bundeskanzlerin und die Aussprache dazu

Auf der Klausur in Meseberg hat die neue Bundesregierung die Grundlinien ihrer Politik bestimmt und die Schwerpunkte des ersten Jahres dieser Wahlperiode herausgearbeitet. Die

Bundeskanzlerin hat dem Deutschen Bundestag die Schwerpunkte der dritten von ihr geführten Regierung dargelegt. Neben der Generalausprache zur Regierungserklärung der Bundeskanzlerin haben wir in dieser Woche zudem über die Politikfelder aller Ressorts debattiert. In den drei Tagen von Mittwoch bis Freitag stellten alle Fachminister die Leitlinien der von ihnen geplanten Arbeit dar.

Fortsetzung der Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte zur Verstärkung der integrierten Luftverteidigung der NATO auf Ersuchen der Türkei und auf Grundlage des Rechts auf kollektive Selbstverteidigung (Artikel 51 der Charta der Vereinten Nationen) sowie des Beschlusses des Nordatlantikrates vom 4. Dezember 2012

Mit ihrer Präsenz haben die seit Anfang 2013 in der Türkei stationierten Flugabwehrraketen aus den Niederlanden, den USA und Deutschland zum Schutz der Türkei vor Angriffen aus Syrien beigetragen. Der Alliierte Oberbefehlshaber der NATO (SACEUR) hat in seinem turnusmäßigen Bericht vom 3. Dezember 2013 die Bedrohung der Türkei durch Syriens ballistische Kurz- und Mittelstreckenraketen als unverändert bewertet. Wir stimmten daher dem Antrag der Bundesregierung zu, den seit dem 4. Dezember 2012 bestehenden deutschen Beitrag zur Verstärkung der integrierten Luftverteidigung der NATO in der Türkei bis zum 31. Januar 2015 zu verlängern. Mit dieser defensiven Maßnahme unterstützen wir unseren NATO-Partner Türkei und beteiligen uns so am Schutz der türkischen Bevölkerung.

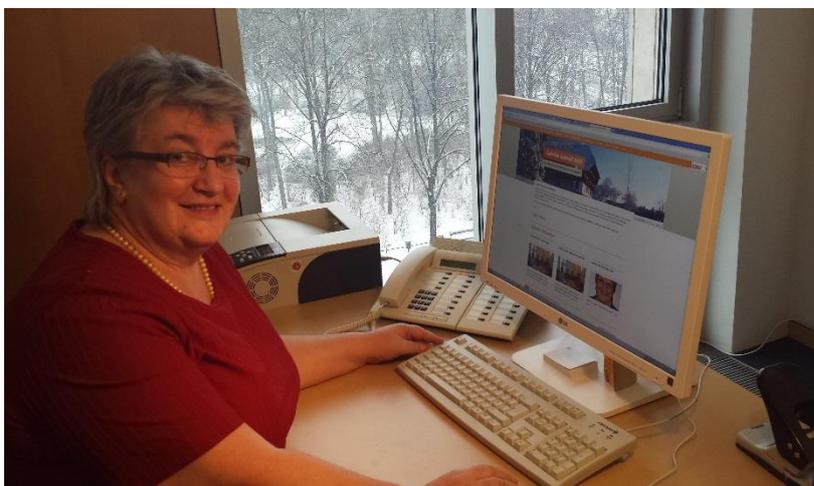
Fortsetzung der Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte an der NATO-geführten Operation ACTIVE ENDEAVOUR im gesamten Mittelmeer

Ebenfalls befristet haben wir die Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte an der von der NATO geführten Operation „Active Endeavour“ verlängert. Bis zum 31. Dezember 2014 können bis zu 500 Soldaten im Rahmen der maritimen Terrorismusabwehr eingesetzt werden, die sich momentan vor allem auf Seeraumüberwachung und Lagebild austausch beschränkt. Gegenüber früheren Mandaten wurde auf die Befugnisse zur Kontrolle des Seeverkehrs oder zur Unterstützung spezifischer Operationen der NATO verzichtet.

III. Schmidts Webseite ist online

Endlich ist es soweit, meine offizielle Webseite ist online!

Auf www.gabriele-schmidt.eu können Sie mich ab sofort besuchen und sich über meine Arbeit als Abgeordnete aber auch über persönliche Dinge und Positionen informieren. Da ich in meinem Berliner Brief überwiegend über die Arbeit in Berlin berichte, lade ich Sie herzlich dazu ein, sich über meine Arbeit im Wahlkreis auf meiner neuen Webseite regelmäßig zu informieren! Ich würde mich sehr über ein Feedback Ihrerseits freuen. Viel Spaß beim Stöbern!



IV. Sonstiges



Berufserkundungspraktikum

Lea Janzen aus Dischingen-Hofen absolvierte im Rahmen eines Berufserkundungspraktikums diese Woche ein Praktikum in meinem Berliner Büro. Lea begleitete mich zu Sitzungen wie dem Ausschuss für Arbeit und Soziales. Sie nahm an der Ausstellungseröffnung über Diktatur und Demokratie im Deutschen Bundestag teil. Außerdem durfte die

junge Praktikantin eine Plenardebatte hautnah miterleben. Ihre zahlreichen Eindrücke und Erlebnisse wird die Schülerin in einem Bericht zusammenfassen und in ihrer Klasse vorstellen.